



5. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu festgesetzt und von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in:

	Männl. Mitgl. pro Woche	Weibl. Mitgl. pro Woche
Burgstädt i. S. . . . .	10 Pf.	10 Pf.
Gera . . . . .	20 "	10 "
Oldenburg . . . . .	20 "	10 "
Plauen . . . . .	15 "	10 "

In Frankfurt a. M. Offenbach beträgt der Lokalbeitrag ab 27. Woche für weibliche Mitglieder 40 Pf., für männliche Mitglieder in Klasse IV 60 Pf. und in Klasse V 70 Pf. pro Woche. Der Verbandsvorstand.

Der Gewerkschaftskongress.

Stärker als je ist der diekmalige Gewerkschaftskongress befehligt worden, so schon äußerlich Kunde gebend von dem fankler Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung. Nach der Präsenzliste sind 844 Vertreter der einzelnen Gewerkschaften anwesend, die nach dem Stand vom 1. April 4760 887 Mitglieder vertreten. Gleich zu Beginn der Verhandlungen, bei der Wahl der Leitung des Kongresses, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit der Opposition gegen die Generalkommission, die eine offizielle Anerkennung durch den Kongress herbeizuführen gedachte. Der Kongress lehnte dies mit großer Mehrheit ab, indem er zu seinen Vorsitzenden Legien, Leipzig-Berlin und Meißel-Eutinart bestimmte. Nach den verschiedenen Begrüßungsansprüchen durch die Vertreter der fremdlandlichen Organisationen wurde bei Festsetzung der Geschäftsordnung das Verlangen der Opposition abgelehnt, die Neben der einzelnen Richtungen abweichend zum Wort kommen zu lassen. Dagegen wurde beschlossen, beim Medienschaftsbericht der Generalkommission einem Redner der Opposition die gleiche Redezeit wie dem Referenten zu geben. Die Anträge auf Abänderung der Tagesordnung wurden abgelehnt. Beschlossen wurde weiter, bei den Punkten Richtlinien für die künftige Wirkweise der Gewerkschaften und die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte, sowie bei dem Punkt die Arbeitsgemeinschaft Korreferate entgegenzunehmen. Die Opposition verlangte ferner, daß zu dem Punkt Sozialisierung zwei Korreferate gehalten werden, und zwar von einem Vertreter der U. S. P. (Dierding-Berlin) und einem Vertreter der kommunistischen Partei (Gedert-Chennig). Auf Vorschlag des Durans wurde diesem Wunsch entsprechend gegen eine starke Minderheit beschlossen.

In der Nachmittags Sitzung des ersten Verhandlungstages konnte Legien den schriftlichen Bericht der Generalkommission erörtern. Er führte dazu aus: Wer die Tätigkeit der Generalkommission von den politischen Verhältnissen aus beurteilt, der kann vielleicht zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Tätigkeit nicht richtig war. Wer sie aber von dem Gesichtspunkte aus betrachtet, daß die Beschlüsse der Generalkommission von anderen Machtpositionen aus gefaßt worden sind, der wird zu der Ueberzeugung kommen, daß die Generalkommission tat, was sie im Interesse der Arbeiterschaft tun mußte. Mancher, der sehr gegen die Generalkommission Vorwürfe erhebt, der hat vor der Revolution nicht mit der Rücksichtslosigkeit wie die Generalkommission die Interessen der Arbeiter vertreten. Bei Ausbruch des Krieges hatten wir dafür Sorge zu tragen, daß die Gewerkschaften vor dem Zusammenbruch geschützt werden. Von unseren Kritikern wird aber gesagt, die damalige Vorstandskonferenz habe nur den Zweck gehabt, die Regierung zu unterstützen. Wenn von einer Politik der Generalkommission gesprochen werden kann, dann liegt diese in unserem programmatischen Aufruf, der davon ausging, der Arbeiterschaft zu nützen. Die Generalkommission hat kein Geheimnis gegen die Interessen der Arbeiter war, vorübergehen lassen, ohne dagegen zu protestieren. Von diesem Gesichtspunkte gingen wir aus bei unserer Stellungnahme zu dem Streikverbot von Rostock. Wir haben die Pflicht, uns gegen Fehler auch einer sozialistischen Regierung zu wenden. Der Antrag soll sein Mißtrauensvotum gegen die Regierung sein. Wir bestehen ganz auf, daß die Regierung alles tun muß, um das äußerste Elend vom Volke fernzuhalten. Wir verlangen aber, daß die durch die Revolution gesicherten Rechte der Arbeiter nicht angegriffen wer-

den. In der ersten Kriegszeit war fast die ganze Arbeiterschaft einig, daß die Landesverteidigung selbstverständlich ist. Die Generalkommission hat sich nicht in einem Beschluß für die Landesverteidigung ausgesprochen, ihre Handlungen waren allerdings so, daß man sagen kann, sie steht auf dem Boden der Landesverteidigung. Konnten wir es verantworten, daß unsere Klassenossen wechlos den Gegnern überlassen bleiben sollten? Durften wir unser Land wechlos machen? Hätten wir das Recht, unser Land verwüsten zu lassen? Nur derjenige, der wünschte, daß unser Land in die Lage kommt, in der es jetzt ist, kann unsere Handlungen kritisieren. Ein großer Teil derjenigen, die sagen, die Generalkommission hätte den Kapitalismus, die von einem Verrat der Arbeiterführer sprechen, sind es, die durch ihre Indifferenz das Kapital geküßt haben. (Stürmische Zustimmung.) Mit dem Parteistreit haben wir uns erst beschäftigt, als der Streit in die Gewerkschaften hineingetragen worden ist. Da leisteten wir Widerstand. Wir wandten uns dagegen, die gewerkschaftliche Organisation in den Dienst der Parteiposition zu stellen. Man hat alte verbiente Gewerkschaftler gemahregelt und an ihre Stelle unabhängige Sozialdemokraten gestellt. Es ist das traurige Kapitel unserer gewerkschaftlichen Organisation, diese Mahreglung von Gewerkschaftsbeamten. Wenn früher der Unternehmer jemand mahregelte wegen seiner politischen Ueberzeugung, dann stand die ganze Arbeiterschaft hinter dem Gemahregelten. Wir müssen uns schämen, daß es Arbeiter gibt, die andere Arbeiter mahregeln. (Stürmische Zustimmung.) Wir müssen uns schämen, daß Jehntausende unserer Mitglieder diesen Mahregelungen zustimmten! Das geschieht, nachdem durch die Revolution das Recht der freien Meinungsäußerung gesichert ist.

Legien ging dann auf die Beschlüsse ein, die einzelne Gewerkschaftsversammlungen bisher gegen die Generalkommission gefaßt haben. Er sagte, es würde vielfach Leute über die Generalkommission urteilen, die noch neu in der Gewerkschaft sind und die Generalkommission kaum kennen. Legien gliederte besonders eine Resolution der Berliner Metallarbeiter, die ausspricht, daß neben Lubendorf und Genossen die Generalkommission an dem Unglück Deutschlands schuld sei und darum zur Niederwerfung gezwungen werden müsse. Legien sagte dazu, das Unglück des deutschen Volkes ist nicht hervorgerufen worden durch die Politik der Generalkommission, sondern durch die Politik derjenigen, die die deutsche Arbeiterschaft gespalten haben. Die Widerstandskraft der deutschen Arbeiterschaft ist durch diese Uneinigkeit gebrochen worden. Die Angriffe gegen die Generalkommission sind rein politischer Natur, das beweist auch die Einladung zu der Zusammenkunft der Opposition zu einer Vorbesprechung für den Kongress, wozu die Mitglieder der U. S. P. und der K. P. D. besonders eingeladen wurden. In der Generalkommission und in der Vorstandskonferenz sitzen auch Mitglieder der U. S. P. und wir haben immer gemeinsam zusammengegearbeitet. In aller Ehrlichkeit haben wir unsere verschiedenen Meinungen ausgetragen. Der Weg aber, der hier eingeschlagen wird, führt zur Trennung, dann arbeiten wir gegeneinander. Es ist das traurige Schicksal der deutschen Sozialdemokratie, daß sie in dem Augenblick, in dem sie die politische Macht erhielt, diese nicht ausnützen konnte, weil sie zerissen war. Wir werden mit allen Mitteln gegen die Sonderbestrebungen und Zerstückelungsversuche vorgehen. Wie auch das Urteil gegen uns ausfallen mag, das Bewußtsein können Sie uns nicht nehmen, daß wir immer alles getan haben im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, daß wir die Einheit der deutschen Gewerkschaften gewahrt haben. (Stille Beifall.)

Wir derselben Redezeit erhält das Wort als Redner der Opposition Dikmann-Frankfurt a. M.: Wenn wir die Tätigkeit der Generalkommission einer kritischen Nachprüfung unterziehen, dann ist es der Geist, der in der Generalkommission herrscht, den wir unter die Lupe nehmen wollen. Wir kommen zu der Kritik an der Generalkommission nicht von unserem Parteistandpunkt aus. Wir haben als Gewerkschaftler die Pflicht, die Tätigkeit der Generalkommission während der Kriegszeit zu prüfen. Die Generalkommission selbst hat ihrer Politik den Parteistempel aufgedrückt. Nun will sie allerdings von der in Mannheim getroffenen Vereinarbeitung mit der Sozialdemokratischen Partei zurücktreten und von Vereinarbeitungen absehen, bis wieder eine einheitliche sozialdemokratische Partei vorhanden ist. Redner er-

innert an die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse, die anders aussehen würden als die Politik des 4. August, wo es geheißen habe, rechts schwenken marisch. Das war anders als das Durchhaltepredigen fünf Jahre hindurch. Wenn Opfer gebracht werden sollten, dann nicht für die kapitalistische Gesellschaft, sondern für das Proletariat. Die Generalkommission hätte das bewerten sollen, was wir als internationale Sozialisten beschlossen haben. Dikmann zitierte eine Reihe von Artikeln im „Correspondenzblatt“. Kurz vor Ausbruch des Krieges erteilte das „Correspondenzblatt“ noch anders über die Kriegspolitik. Der 4. August brachte die Wandlung, der Massenkampf wurde eingeleitet, die Regierung hatte keinen treueren Bundesgenossen an der Seite, als die Gewerkschaften. Auch in der belagerten Frage ist das „Correspondenzblatt“ umgefallen. In demselben Augenblick, als die Generalkommission dem deutschen Volke das Durchhaltepredigen waren andere am Werk, dem deutschen Volke das Semd über die Ehren zu ziehen. Der Lebensmittelpreiser kam zur höchsten Höhe. Die Politik der Generalkommission ist mit Schuld an dem Elend, in dem das deutsche Volk heute ist. Die Haltung der Gewerkschaften gab der Regierung die Stütze zu ihrer Politik. Auf dem Proletariat ruhten nur Lafter und Opfer, von Rechten war keine Spur. Die Generalkommission trat ein in den Bund für Freiheit und Vaterland. Man war bereit mit Leuten, die während des Krieges die Antikommunistik auf ihre Fahne geschrieben hatten. Die Generalkommission trat ein für die Lubendorfspende, obwohl das Volk schon damals erkannte, daß Lubendorf der größte Menschenschänder war. Man hat dem Eisenbahnern das Streikrecht verweigert. Aus dem Rostock-Vertrag zu dem Eisenbahnstreik weht derselbe reaktionäre Geist, wie aus der damaligen Zeit. Wo waren auch die Vertreter der Generalkommission, als unsere Leute ins Gefängnis geworfen wurden? Man hat die Gründung der U. S. P. zu ignorieren versucht. Es wird aber die Zeit kommen, in der die große Mehrzahl der organisierten Arbeiterschaft nirgends anders bereit sein wird als in der U. S. P. Wir beurteilen die Kriegspolitik der Gewerkschaften entscheidend. Die Kriegspolitik hat ihre folgerichtige Fortsetzung auch nach der Revolution erfahren. Wir verspüren auch jetzt keinen revolutionären Geist in der Generalkommission. Wir verlangen auch nach dem Krieg eine andere Politik der Generalkommission, die Politik, die getragen ist von dem Gedanken, daß die Gewerkschaften ein revolutionäres Instrument des Proletariats sind. Die Schuld an dem jetzigen Zustand haben diejenigen, die Deutschland in den Krieg hineingeführt haben, und nicht die Arbeiterschaft. Wenn Sie heute hier der Generalkommission ein Vertrauensvotum erteilen, dann sagen wir von der Opposition, die Generalkommission hat durch ihre Handlungen unser Vertrauen verloren. Wir weisen zurück, wenn Sie sagen, daß wir die Gewerkschaften zerstückeln wollten. Ich erkläre, wir von der Opposition sehen zu lange in der Gewerkschaftsbewegung, als daß wir auch nur den Gedanken haben könnten, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Wir bleiben in den Gewerkschaften, wir werden es in den Gewerkschaften dahin bringen, daß an Stelle des bürokratischen, verknöcherten Geistes der alte revolutionäre Geist kommt. (Stürmischer Beifall bei der Opposition.)

Nun und Zeit verbieten ein Eingehen auf alle die Punkte, die in der Diskussion getreift wurden. Wir müssen da schon auf die ausführlicheren Berichte in der Tagespresse und auf das in den nächsten Tagen erscheinende Protokoll verweisen. In einer Entschließung stellte der Kongress nach Entgegennahme des Berichts der Generalkommission über ihre Tätigkeit während der verfloßenen Geschäftsperiode fest, daß die Generalkommission befehligt war, im Rahmen ihrer Aufgaben die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen und zu fördern. Der Kongress wies deshalb die in der Öffentlichkeit gegen die Generalkommission erhobenen Anschuldigungen, sie habe die Arbeiterklasse im Krieges veraten, entschieden zurück. Unter voller Würdigung der Tatsache, daß Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Lösung der einzelnen an die Gewerkschaften herangetretenen Fragen bestehen können, sprach der Kongress der Generalkommission sein Vertrauen aus. Diese Vertrauensumgebung erfolgte in namentlicher Abstimmung. Für sie stimmten 445 Delegierte, die 307 335 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, dagegen erklärten sich 179 Delegierte, die 1488 779 Gewerkschaftsmitglieder ver-



gegen früher, sowie die Notwendigkeit weiterer Anstellungen. Die bisherige Wahl unserer Angehörigen war wohl meist im vollen Einverständnis beiderseitig. B. u. und Ausübung, sowie betr. Zahlstelle geschehen. Ich möchte warnen, in Zukunft hiervon abzugehen, da oft erzeugte Stimmung und nicht Befähigung ausschlaggebend bei einer Wahl und Neuwahl sein würden. Der Schaffung eines Beirats ist zuzustimmen. Wenn man die Wahl von Beamten hierzu nicht für gut hält, sollte man andererseits aber auch eine mehrjährige Zugehörigkeit und Tätigkeit für den Verband für ein Beiratsmitglied voraussetzen, wie ja für alle Delegationen dasselbe maßgebend sein sollte. Nur durch jahrelange Mitarbeit kommt die Erfahrung, was zählen 5-10 Jahre Arbeit in der Organisation, da heißt es immer wieder aufräumen. Wenn jeder dort seine Pflicht erfüllt, wo er was zu sagen hat und was er sagen kann, würde mancher Streit unterbleiben; rous mit der Sprache, offen und ehrlich gekämpft; die oft verloren geglaubte Führung der Beamten und Massen würde immer intakt sein; treiben wir nur nicht künstlich einen Keil dazwischen. Kritischer ist meist leichter, als besser machen. Einen frischen, ehrlichen Kampf braucht niemand zu scheuen. Mag der Verbandstag gute Arbeit für die Zukunft leisten.

Ghemmich.

H. Triemer.

Nach dem in unserer Zeitung bekanntgewordenen Anträgen zum Verbandstag dürfte die Beirats-erhöhung und Unterstützungsfrage wiederum die Hauptrolle spielen. Man kann daher vielen Mitgliedern nicht unecht geben, die der Ansicht sind, daß die ganzen Verbandsfrage nur den Zweck haben, wieder einmal die Beiträge zu erhöhen.

Wedenk man, daß der größte Teil unserer Mitglieder nicht aus Überzeugung oder Idealismus dem Verband angehören, sondern vielfach nur Folgezwang oder der vielen Unterstützungsbezüge halber eingetretten sind, so kann man verstehen, daß eine Beitragserhöhung, wie sie der Vorstand in seinem Antrag 21 vorschlägt, wieder große Mißstimmung unter den Mitgliedern herbeiführen wird. Da wir nicht nur mit vielen neu eingetretenen, sondern zum größten Teil weiblichen Mitgliedern zu rechnen haben, welche vielfach noch einer großen Aufklärung bedürfen, sollte eine Beitragserhöhung, wenn sie wirklich durch die gegenwärtigen Verhältnisse begründet erscheint, auch in bescheidenen Grenzen gehalten werden, so wie sie in dem Stuttgarter Antrag 23 zum Ausdruck kommt.

Durch jede Beitragserhöhung macht sich auch wieder eine Erhöhung der Unterstützung notwendig und so ist es eine Schraube ohne Ende. Jedenfalls wäre es viel besser, wenn die Mängel, die sich im Laufe der Jahre herausgestellt haben, beseitigt würden, als wenn bei jedem Verbandstag alles neu umgeändert wird. Die Anträge 63, 64 und 65 sind sehr zu empfehlen. Bei allen Unterstützungsbelegen sollte die Höhe derselben nur nach der Dauer der Zugehörigkeit zum Verband bemessen werden, damit auch diejenigen Mitglieder, welche schon jahrelang dem Verband angehören und selten oder nie Unterstützung beziehen, zu ihrem Rechte kommen. Ein ebenfalls sehr wichtiger Antrag ist von Düsseldorf gestellt — 125 —. Wer hat es nicht selbst erfahren bei Beginn des Krieges, wo plötzlich die Unterstützung um die Hälfte herabgesetzt wurde. Mander Kollege, der noch nie Unterstützung bezogen hatte, ist damals sehr enttäuscht worden. Auch die Anträge 186, 192 und 193 sind beachtenswert. Bezüglich der Gauerteilung wäre ebenfalls zu erwähnen, ob es nicht besser wäre, wie schon in unserer Zeitung darauf hingewiesen wurde, daß die Gaus nach Landesteilen oder Städten benannt werden, z. B. Gau Sachsen, Gau Bayern oder Gau Chemnitz, Gau Bittau usw. Die jetzige Einteilung verpeten die meisten Mitglieder nicht. Es gebe ja noch eine Menge Punkte zu erörtern, aber Sache der gewählten Delegierten ist es, eine Einigung darüber zu erzielen und alle Sonderbestimmungen, wie sie jetzt überall von gewisser Seite zum Ausdruck kommen, beseitigt zu lassen. Nur so können wir vorwärts und ferner und alle die schwierigen Fragen gemeinschaftlich am besten gelöst werden.

Wollen wir also hoffen, daß sich der Verbandstag in allen gegenwärtigen Fragen einigt, damit allen Wünschen Rechnung getragen wird. Zum Schluß möchte ich noch auf die Anstellung neuer Beamten hinweisen. Hier wäre es notwendig, daß nicht so engbegrenzt verfahren würde von Seiten des Vorstandes. Eine Zahlstelle, welche 8-4000 Mitglieder und noch mehr hat, müßte auch dementsprechende Beamte haben, nicht daß zwei Beamte Tag und Nacht arbeiten müssen. Wo bleibt da die achtstündige Arbeitszeit? Auch diese Frage dürfte zur Aussprache kommen und ist zu hoffen, daß auch hier Wandel geschaffen wird zum Wohle der Zahlstellen und des Verbandes.

Dresden.

J. Palme.

Auch wir tauchstumen Verbandskollegen sehen mit großem Interesse dem Verbandstag entgegen und harren der Auseinandersetzungen, Beratungen und Beschlüsse, die dort unsere Delegierten zeitigen werden. Es kann niemandem unter den Arbeitskollegen, die irgendeinmal Gelegenheit hatten, mit Tauchstumen zusammen zu arbeiten, fremd geblieben sein, welchen Leidensweg der Tauchstume innerhalb und außerhalb der Werkstatt zu gehen hat. Es wird von den Tauchstumen immer dankbar anerkannt, wenn sich einmal ein Kollege bereisand, die elementarsten Interessen, das allerbilligste, was uns noch zugestanden werden muß, auch für seinen tauchstumen Mitarbeiter zu vertreten oder zu verteidigen. Wie sah es denn mit den Tauchstumen in der Vorkriegszeit aus? Allseitig bemitleidet ob seines Gebrechens schlug er sich schlecht und recht durchs Leben, ah nur Gnadenbrot, wenn er, durch Glück begünstigt, auf seinem Platz in der Werkstatt bleiben durfte, war ständig unterm Damoklesschwert der Entlassung bei der nächstbesten Gelegenheit infolge „Arbeitsmangels“. Und wenn er auf der Straße lag oder die Arbeitsnachweise, paritätische oder andere, mit besorgte, so war es fast immer die Regel, daß er infolge Zurückweisung von Seiten der Prinzipale und leider auch oft genug der Arbeitsnachweisangestellten, die beide in den Tauchstumen nur eine Last sahen, die sie nicht mit-schleppen wollten, lange arbeitslos blieben. Und doch ist der Tauchstume auch ein Mensch, der arbeiten will, der arbeiten muß, soll er nicht Hungers sterben oder zu Handlungen verleitet werden, die ihn mit den Gefährten in Konflikt bringen! Es glaubt kaum einer, wie menschlich schwer es für den Tauchstumen ist, sich auf seinem Platz, sei dieser auch nur untergeordneter Art, zu halten, — wenn er nicht selber einen tauchstumen Vater, Bruder oder Sohn hat. Nur so ist der Charakter der Tauchstumen zu betrachten, nur so zu verstehen, daß er entweder fatalistisch oder jähzornig ist. Gewohnt, daß er in seines Alltags Leben herumgehört wird, achtet er mehr als sich um gut ist auf Kleinigkeiten, die einem Volk sinnigen entgegen oder gleichgültig sind. Es ist daher Sache der Kollegen und Kolleginnen, sich der Tauchstumen mehr als bisher anzunehmen, da wir seit dem 9. November immer mehr und mehr auf uns und unsere Selbsthilfe angewiesen sind. Wenn wir einen Blick in die Volkswirtschaft hineinsehen, wenn wir die Arbeitsnachweise durchwandern, so sehen wir alle haarträubende Dinge. Besonders haben gerade die tauchstumen Buchbinder unter den Verhältnissen sehr zu leiden. Sind doch hier in Berlin ihrer 35 Proz. arbeitslos, d. h. von 47 organisierten 15 Arbeitslose, von denen die meisten bereits 7 Monate Woche um Woche auf Arbeit warten. Sie alle wollen arbeiten, sie alle sind hungrig danach, und doch werden sie von den Arbeitgebern in brutaler Weise abgelehnt, weil sie sich mit den Tauchstumen nicht verständigen könnten, und was sonst noch der schönen Ausreden sind. In Kriegszeiten, als die Arbeitermassen draußen im Felde standen und Arbeitermangel in der Heimat eintrat, da waren wir Tauchstume doch tüchtige brave Arbeiter und wurden ungeachtet der Vorschriften der Berufsgenossenschaften auch an Maschinen hingestellt, selbst an Schnellpressen und Rapididreibmaschinen und hinzustellen hatten sie absolut keine Bedenken. Da konnte man sich mit uns gut verständigen. Jetzt, da übergroßes Angebot an Arbeitskräften vorhanden ist, hat man uns Tauchstume unter Hinweis auf die Demobilisierungsvorschriften auf die Straße geworfen. Nun können wir Tauchstume zusehen, wo wir uns wieder einmal an des Lebens warmen Ofen hinstellen dürfen. Jetzt sind wir wieder dort, wo wir vor dem Krieg waren! Derartige Mißstände dürfen auf keinen Fall wieder eintreten! Darum haben wir Berliner tauchstumen Buchbinder uns aufgerafft, haben uns innerhalb unserer Organisation zur Wahrung unserer nächsten Interessen zusammengeschlossen und verschiedentlich Schritte veranlaßt, wie wir uns in unserer schweren Lage helfen müssen. Im Arbeitslosenrat zu Berlin haben wir einen tauchstumen Kollegen, Siegfried Meyer, gesandt, welcher zunächst als unsere erste Forderung zu vertreten hat, daß, wenn ein Arbeitgeber aus nützigen Gründen einen von Arbeitsnachweis gestandten tauchstumen Arbeitnehmer in seiner Werkstatt einzustellen sich weigert, ihm kein anderer zugewiesen werden darf. Es ist diese Handlung des Arbeitgebers nichts anderes, als ein Akt roher Brutalität, lediglich aus purer Bequemlichkeit: ent-springend, als um so schärfer zu brandmarken! So haben wir Tauchstume folgenden Appell an den Verbandstag zu richten:

„Wir tauchstumen Buchbinder, die wir fast vollständig im Deutschen Buchbinderverband organisiert sind und unsere Beiträge wie für Vollkniege entrichten, appellieren hiermit an Eure Solidarität: Steht uns bei in unserem durch unser Gebrechen erschweren Kampf ums Dasein, nehmt Euch der

Tauchstumen an, besonders der im Felde draußen, die oft durch mangelhafte Schulbildung geistig behindert sind! Allein können wir nicht vorwärts, wir brauchen Euch: Eud solidarisch mit uns!

Im Auftrag der Berliner tauchstumen Buchbinder: Siegfried Meyer, Fritz Mehle.

Alle tauchstumen Buchbinder werden gebeten, ihre Adressen an den Funktionär Siegfried Meyer, Berlin N., Antonstr. 6, zu senden. Die Zahlstellen und Funktionäre werden dringend gebeten, die Betreffenden hierauf aufmerksam zu machen oder ihnen bekannte Adressen einzusenden.

### Aus unserem Beruf.

#### Heranbildung von Kartonnagefachleuten.

Zu diesem Thema schreibt die Wiener „Buchbinder- und Kartonnagen-Zeitung“: Mit dem Sturz der alten Ordnung scheint auch überall ein neuer Geist eingezogen zu sein. Man will unsern und morische Grundlagen sollen durch neue fester ergänzt werden. Zu den wichtigsten Aufgaben, die in fast allen Gewerben als für die nächste Zukunft richtungweisend erkannt worden sind, gehört auch die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchs. Handwerk und Industrie sind sich darüber einig. Mit besonderem Eifer beschäftigen sich die deutschen Kartonnagefachleute mit dieser Frage, und in der Fachpresse gibt es ein eiferbolles Für und Wider, ob es ratsam oder möglich ist, für die Ausbildung von tüchtigen Meistern Sorge zu tragen. So regt einer der Einkäufer die Gründung einer Fachschule für künstliche Meister des Kartonnagen-faches an. Er verlangt dazu staatliche und städtische Unterstüpfungen und will auch von den Pappfabriken und der Buntpapierfabrikation, die an einem tüchtigen Meisterstand im Kartonnagenfach Interesse haben sollte, Beihilfen gewährt wissen. Der betreffende Einkäufer scheint ein sehr modern denkender Mensch zu sein, denn er denkt nicht nur daran, dem männlichen Stamm die Segnungen einer Ausbildungsanstalt zuteil werden zu lassen, er denkt auch an die Frauen, und so schweben ihm Meisterinnen im Kartonnagenfach vor. Eine andere Zufahrt betont, daß es falsch wäre, die Kartonnagenfabrikation nur als maschinellen Betrieb zu betrachten, in dem es keiner gelehrten Reize bedürfte. Vor allen Dingen müsse man tüchtige Werkmeister haben.

Die Erörterungen unter den deutschen Kartonnagenfabrikanten scheinen zu beweisen, daß man von einem Geist des Fortschritts befezelt ist, der hoffentlich erhalten bleibt. Daß allen Gewerben tüchtige Arbeitskräfte notwendig sind, und daß die Mittel zu umfassender Ausbildung aufgebracht werden müssen, bedarf nicht der Erörterung.

#### Ueber die Lage der Drechsler Kartonnagen-Industrie

wird uns noch ergänzend berichtet, daß einzelne Betriebe nur sehr schwach beschäftigt sind. Die Ursache liegt in dem starken Ausfall an Aufträgen der Hauptabnehmer (Schokoladen-, Zuckwaren- und Zigarettenindustrie) und in dem Rohstoffmangel. Die besser beschäftigten Betriebe liefern Apothekersach-teln, Christbaumstern und Osterartikel.

### Bericht vom Gantag des Gau 12.

Nach einer durch den Krieg erzwungenen Pause von 6 Jahren hatte der Gauvorstand den Gantag für Sonntag, den 22. Juni, nach Dresden einberufen und waren zu demselben 40 Personen einschließlich des Gauvorstandes anwesend. Der Gauleiter, Kollege Flübe, eröffnete die Tagung mit einer Begrüßung an die Delegierten, die sich schon am Vorabend bei einer kleinen Feier mit den Dresdener Kollegen zusammengefunden hatten. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Lange-Dresden und Weide-Leipzig zu Schriftführern die Kollegen Gash-Dresden und Miering-Jandau, als Führer der Nebenliste Kollege Triemer-Chemnitz und zur Prüfung der Mandate die Kollegen Vogler-Chemnitz und Wallher-Annaberg bestimmt. Lange-Dresden wiederholte die Begrüßung im Namen der Dresdener Kollegen-schaft und wünschte dem Gantag ein erfolgreiches Arbeiten.

Der 1. Punkt der Tagesordnung: „Bericht des Gauvorstandes“, welchen der Gauleiter Flübe erstattete, benutzte derselbe zu einem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die der Weltkrieg den Gewerkschaften gebracht hat und betonte mit Stolz, daß diese trotz allem unerhört dastehen. Daß die zu leistende Arbeit, die sich mehr und mehr drängte, nachdem der erste Schreden des Kriegsausbruches überwunden war, erledigt werden konnte, ist denen zu verdanken, die in die durch die Einberufungen entstandenen Lücken eingegriffen sind. Auch die sofortige Wiederbeteiligung der Kriegsteilnehmer an den Verbandsarbeiten war wertvoll und brachte Er-

folgte. Waren doch am Schlusse des 1. Quartals 1919 1116 Gaumitglieder zu verzeichnen. Durch die Gründung von 6 Jahrestellen mit 621 Mitgliedern wurde eine Entlastung der Gauleitung erreicht. Der augenblickliche Bestand von 208 männlichen und 433 weiblichen Gaumitgliedern verteilt sich auf 28 Orte mit Vertrauenspersonen und 31 Orte mit Einzelzahlern. Durch die weitere Gründung von Jahrestellen, wie sie vorgezogen ist, steht zu hoffen, daß sich die Mitgliederzahl noch mehr erhöhen wird, wenn die örtlichen Zustände dann noch eine lebhaftere Tätigkeit als bisher einfließen. Die Jahrestellen Annaberg und Wurzen besonders sind es, die durch ihre außerordentlich erhöhten Mitgliederzahlen (Annaberg 1700 Mitglieder) beweisen, welches Vertrauen dem Buchbinderverband von der Arbeiterschaft entgegengebracht wird.

Kollege Pfüge ging dann des Weiteren auf die Vorschläge ein, durch die eine Teilung des Gaues empfohlen wird. Der Gauvorstand macht sich diese Vorschläge nicht zu eigen, weil durch eine Teilung des Gaues nicht die Anstellung eines 2. Beamten umgangen werden kann. Der praktische Weg, wenn eine andere Gauteilung kommt, würde der sein, daß die Orte Sachsen-Altenburgs, die jetzt zum Gau 12 gehören, abgetrennt würden. Ein Arbeiter im Gau ohne Ueberlastung des Gauleiters wird erst möglich sein, wenn ein 2. Beamter da ist. Der vorübergehenden Mitarbeit des Kollegen Wienick-Leipzig im Gau ist es zu verdanken, daß der Gauleiter für die Tarifbewegung in den verschiedenen Orten mehr tätig sein konnte, als es sonst möglich gewesen wäre. Zu den allgemeinen Fragen in der Gewerkschaftsbewegung bemerkte der Referent, daß es nach wie vor Grundgesetz sein müsse, die Politik aus den Gewerkschaften fernzubehalten, soweit es sich nicht um reine Arbeiterfragen handelt. Die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung ist mehr als je eine Notwendigkeit und sie dürfe nicht durch innere Kämpfe gestört werden. Vor allem sei auch zu beachten, daß die Revolution nicht allein das Ziel hatte, um überall hohe Löhne für die Arbeiterschaft zu erzwingen. Lohnverbesserungen sind wohl berechtigt, weil in unserem Beruf die Verdienste gegenüber anderen zurückgefallen war. Vor übertriebenen Forderungen müsse schon die Tatsache warnen, daß unsere Industrie darniederliegt. In der Kartonnagenindustrie, die das Hauptquartier im Gau stellt, sei z. B. in Chemnitz jetzt nur 19 gegen früher 56 Betrieben zu rechnen. Ganz besonders das Darniederliegen der Textilspinnen- und Zuckerverarbeitungsindustrie wirkt zurück auf die Kartonnagenindustrie. Bei der Verteilung der Lohnfragen usw. dürfe auch nicht unbeachtet bleiben, daß in unseren Berufen im allgemeinen keine Kriegsgewinne wie in der eigentlichen Kriegsindustrie zu verzeichnen sind.

In der Diskussion, die vom Kollegen Triemer-Chemnitz eröffnet wurde und an welcher sich der größte Teil der Anwesenden beteiligte, fanden die Ausführungen des Gauleiters allgemeine Zustimmung. Besonders beifolgt wurde die Anstellung eines zweiten Beamten und die Vorsehung des jetzigen Gaumannes. Wäthner-Dresden wies auf einen Antrag der Jahrestelle Dresden an den Verbandstag hin, welcher die Anstellung von Brandenleitern — in erster Linie für die Kartonnagenbranche — fordert. Die weitere Aussprache ergab aber, daß durch die Anstellung eines solchen nicht die Anstellung eines 2. Beamten für den Gau oder eines Ortsbeamten für Dresden überflüssig wird, da auch die Branchenleitung eine volle Arbeitskraft erfordert. Deiche-Leipzig ging in längeren Ausführungen nochmals auf den ganzen Fragenkomplex ein und betonte die Notwendigkeit einer Entwicklung der Gewerkschaften nach links, ohne daß dabei die bewährten Grundsätze der Arbeiterbewegung aufgegeben werden sollen. Die Abstimmung über einen Antrag, welcher die Anstellung eines weiteren Beamten für den Gau verlangt, ergab einstimmige Annahme desselben.

In einem vorzüglichen Referat sprach der Kollege Wüste dann zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Ziele unserer Tarifbewegungen“. Er besprach dabei die Ansichten, die die Bestrebungen, Reichstarife in allen Branchen zu schaffen, haben und die Einsätze, die diese Aufgabe mehr oder minder erschweren. Bei den heutigen Verhältnissen muß unser Bestreben dahingehen, für das ganze Reich möglichst einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. In der Kartonnagenindustrie werden die Bestrebungen allem Anschein nach am frühesten zum Ziel führen. In unserem Hauptberuf, der Buchbinderei, ist diese Frage unendlich schwieriger und wird trotz der Stellungnahme, die der Gautag einnimmt, eine ausführliche Behandlung auf dem Verbandstag erforderlich sein, weil hier mit der Frage des Reichstarifs die der Gründung eines graphischen Industrieverbandes bzw. eines Kartells zusammenhängt. Wie sich diese letztere Frage entwickeln wird, können

nicht vorhergesehen werden; Tatsache sei, daß auch jetzt noch wir diejenigen sind, die den Industrieverband immer wieder fordern, während die anderen Verbände eine ziemlich ablehnende Stellung einnehmen. Auf jedem Fall sei es nach wie vor erforderlich, die Organisation auszubauen und die Vertrauenspersonen möglichst vollständig dem Verband zuzuführen und sie dann auch dabei zu halten, um die Einführung und Durchführung der Reichstarife zu fördern.

Zu der Aussprache, an der sich wiederum eine große Zahl Redner beteiligte, kamen dem Referat entgegenstehende Anschauungen nicht zur Sprache. Die bewährte Tarispolitik des Verbandes sei weiterzuführen und mit allen Mitteln der Reichstarif in allen Branchen zu fördern.

Ein Antrag von Ebersbach-Neugersdorf, Bittau und Widaun: „Der Gautag wolle sich mit Schaffung eines Reichstarifs für Buchbinder befaßen und den Verbandsvorstand auffordern, ehestens Schritte zur Durchführung zu unternehmen“, und ein solcher von Widaun: „Stellungnahme zur Lehrlingsfrage, Regelung der zu haltenden Lehrlinge und deren Entlohnung“ kamen zur Annahme.

Punkt 3 der Tagesordnung: „Anträge zum Gaustatut und interne Gauangelegenheiten“ fand nach einer kurzen Erklärung des Gauleiters eine den Vorschlägen des Gauvorstandes entsprechende Erledigung.

Zu Punkt 4: „Stellungnahme zum Verbandstag“ sprach Kollege Lange-Dresden. In vorzüglichen Ausführungen behandelte Redner die Fragen der Politik, wie sie auf dem Verbandstag zur Sprache kommen werden und die neu aufgetauchten Ideen über die Gewerkschaftsbewegung. Es könne nicht sein, daß jetzt nach der Revolution man plötzlich alles, was vordem für richtig angesehen wurde, über Bord geworfen werde. Die Gewerkschaften sind bei ihrer früheren Stellungnahme groß geblieben, und wenn sich die Zahl der Organisierten jetzt bedeutend erhöht hat, so sei das eine Folge der in allen Berufen durch die Gewerkschaften erreichten Lohnverbesserungen. Ohne diese würde auch heute noch ein größerer Teil der Berufsangehörigen der Arbeiterbewegung fernbleiben. Daß die Lohn- und Tarifbewegungen jetzt größere Erfolge aufzuweisen haben, sei nicht zuletzt auf die Einwirkung zurückzuführen, die die Revolution auf das Unternehmertum ausübte. Wenn die Arbeiterschaft trotz aller Erfolge immer weiter zu Verbesserungen dränge, so sei das etwas, was die Führer erst immer als wünschenswert, aber nicht im nötigen Maße als vorhanden ansehen müßten. Heute sei aber nicht außer acht zu lassen, daß es gerade die Kreise sind, die früher nicht den Weg zu den Organisationen gefunden haben, jetzt aber mit radikalen Forderungen aufwarten, deren Durchführung vielfach ganz unmöglich ist und nicht im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegt. Wenn sich die Führer gegen solche radikalen Elemente wehren, so tun sie das aus Pflichtgefühl und es bleibt bedauerlich, daß sich die besonnenen Elemente noch nicht in genügender Weise aufraffen, um mit ihren bisherigen bewährten Führern gegen diejenige Stellung zu nehmen, die die Spaltung auch in die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hineinbringen wollen. Nicht minder bedauerlich bleibt es, wenn von einer Gruppe die Vertrauenspersonen, die von ihr zu vergeben sind, an solche gegeben werden, die kaum in die Verhältnisse eingetreten sind, sich noch nie an den Verbandsarbeiten beteiligt haben und denen naturgemäß alle Erfahrungen fehlen, die das alles aber durch ein radikales Auftreten zu ersetzen suchen. Lange besprach dann weiter die zum Verbandstag gestellten Anträge und ging dabei besonders auf die Anträge ein, die die Beitrags- und Unterstützungsfragen regeln wollen. Verschiedene Anträge an den Gautag betr. Abschaffung der Gefängnisarbeit, Gründung eines graphischen Industrieverbandes — Abschaffung der Nähmaschinenarbeit an gefährlichen Maschinen, insbesondere an Schneidemaschinen, Beitrags- und Unterstützungsfragen wurden nach Besprechung durch den Referenten und nach Diskussion einstimmig oder gegen wenige Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme fand folgende Entschließung:

Der Gautag — Gau 12 Sachsen, Sachsen-Altenburg — gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß eine kleine Beitragsverbesserung notwendig sein wird, kann sich jedoch einer Beitragsverbesserung wie eine solche vom Verbandsvorstand, Berlin und Gau 4 vorzuschlagen wird, nicht anschließen.

Die mit der Beitragsverbesserung verbundene Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung in den Tagesfragen erklärt der Gautag als z. B. nicht für angebracht, erachtet aber eine Verlängerung der Unterstützungsstage als zweckmäßige Einrichtung.

Ein weiterer Antrag, der die Anstellung eines Beamten für die Jahrestelle Annaberg-Buchholz verlangt, deren Mitgliederzahl auf 1700 gestiegen ist, fand gleichfalls einstimmige Annahme.

Dresden, 28. 6.

**Bericht von der sächsischen Kartonnagenkonferenz.**

Anschließend an den Gautag des Gaues 12 fand am 23. Juni im Volkshaus in Dresden eine Konferenz von Vertretern der sächsischen Kartonnagen statt, um zu einem Reichstarif für die Kartonnagenindustrie Stellung zu nehmen. Der Verbandsvorstand hatte, dem Ersuchen der Zentralkommission und der Gauleitung entsprechend, die Abhaltung dieser Konferenz genehmigt, weil gerade im Gau 12 die Kartonnagenindustrie vorwiegend ist. Der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege Lange-Dresden, begrüßte die Anwesenden und wünschte der Tagung, die sich einzig mit dem Reichstarif zu beschäftigen habe, ein erfolgreiches Arbeiten. Das einleitende Referat hatte der Kollege Wäthner-Dresden übernommen. Redner wies eingangs auf das ziemlich versteckte Dasein der Zentralkommission (Z.-K.) hin, die sich bisher fast nur in einer Frage in die Öffentlichkeit drängen konnte, in der Frage des Reichstarifs. Daß die Z.-K. nicht mehr tätig sein konnte, liegt daran, daß die 3 Kollegen, die derselben angehören, durch die Dresdner Kartonnagenbewegung allein schon übermäßig in Anspruch genommen sind. Trotz dieses erschwerenden Arbeits ist es der Z.-K. gelungen, der Konferenz einen Entwurf zum Reichstarif zur Beratung zu unterbreiten. Die heutige Beratung kann, da Vertreter aus dem Reiche, wie es beantragt war, nicht anwesend sind, nur eine Vorarbeit für den Verbandstag bzw. eine Reichs-Kartonnagenkonferenz sein. Der vorliegende Entwurf bringe wenig was den Delegierten nicht schon als von der Z.-K. empfohlen bekannt sei, denn er lehne sich an den Reichstarif für die Zigarettenindustrie bzw. an dem Tarif für die in den Zigarettenfabriken beschäftigten Kartonnagen und an dem mit den Dresdner Kartonnagenfabrikanten abgeschlossenen Tarif an. Besonders bei letzteren sei von Anfang an das Bestreben vorherrschend gewesen, ihn so zu gestalten, daß er als Grundlage für den Reichstarif dienen kann. Zu einem guten Teil haben diese Bestrebungen Erfolg gehabt, zu einem anderen Teil mißte die Konferenz Stellung nehmen, um eine dem Verlangen der Kartonnagen auf längere Arbeitszeit und Festlegung von Wochenlöhnen mehr entsprechende Regelung zu finden als sie der Dresdner Tarif bietet. Im Entwurf sei diese abweichende Regelung schon vorgesehen.

Als 2. Redner sprach dann der Gauleiter Pfüge, der aus seiner Erfahrung bei den Beratungen über die im Erzgebirge usw. jetzt abgeschlossenen Tarifverträge heraus meinte, daß die Konferenz den vorliegenden Entwurf nicht ohne Veränderungen gutheißen werde. Besonders Wert legte er darauf, daß durch den Reichstarif eine Festsetzung der Löhne nach Ortsklassen wie im Reichstarif für die Glasbranche oder nach einem anderen System erfolgt. Wenn auch, wie aus der Unternehmerpresse und aus Äußerungen von Vertretern der Fabrikanten zu entnehmen ist, der Reichstarif von den Unternehmerorganisationen erwartet wird, sei doch sicher, daß diese nur dann ein Interesse am Reichstarif haben, wenn durch diesen die Höhe der Entlohnung festgelegt wird. Eine Klassifizierung der verschiedenen Arbeitergruppen allein, ohne Festsetzung von Löhnen, könne nicht genügen und nehme in erster Linie der Arbeiterschaft aber auch dem Unternehmertum das Interesse am Reichstarif.

Von der Z.-K. sprach noch der Kollege Gsch, welcher hervorhob, daß die Z.-K. die Festsetzung von Löhnen bei dem erstmaligen Abschluß des Reichstarifs nicht empfehle. Bei der bisherigen Systemlosigkeit in der Entlohnung und der großen Verbreitung der Kartonnagenindustrie halte es die Z.-K. für richtiger, erst einmal die Stufen selbst festzulegen, in welche die verschiedenen Arbeiterkategorien zu teilen sind. Wenn dies durch den erstmaligen kurzfristigen Abschluß des Reichstarifs geschehen sei, dann werde es mit viel weniger Schwierigkeiten verbunden sein, die Festsetzung von Ortsklassen und der Löhne selbst vorzunehmen.

In der Generaldebatte, die durch den Kollegen Deiche-Leipzig eingeleitet wurde, kam eine ganze Reihe Redner auf die verschiedenen Punkte zu sprechen, die durch den Reichstarif geregelt werden müssen und gaben damit der Z.-K. wertvolle Fingerzeige für die weitere Bearbeitung desselben. betont wurde besonders, daß die tägliche Arbeitszeit nicht länger als 8 Stunden sein dürfe und daß auch die alle Forderung des freien Sonnabendmittags durchzuführen sei. Bei der Ortsklasseneinteilung müsse besonders beachtet werden, daß diese dem Unternehmertum keine Handhabe bietet, die Arbeiter aus den Städten in kleine Orte mit niedriger Entlohnung abzuschieben, mehr als 3 Lohnklassen dürften nicht festgelegt werden. Die Frage der Akkordarbeit sei durch die Festlegung von Garantielöhnen zu regeln, soweit die Akkordarbeit überhaupt bestehen bleibt. Im Gegensatz zur Z.-K. wünschten

die Redner, daß die Löhne und Ortsklassen gleich beim erstmaligen Abschluß des Reichstarifes festgelegt werden.

In der Aussprache über die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes selbst beteiligten sich die Delegierten sehr rego, und wurden dabei eine ganze Reihe Vorschläge im Wortlaut des Entwurfes festgelegt, um denselben so klar wie möglich zu gestalten. Eine längere Debatte und Beratung im engeren Kreise war notwendig, um eine besondere Klasse der Arbeiterklasse — die ergebnisreichen Kartonnagenarbeiter — entsprechend in die Klassifizierung einzureihen. Auch zu der vorgezeichneten Staffelung nach Alter bezw. Berufstätigkeit wurden noch einige Änderungen vorgeschlagen. Die Bestimmungen über die Affordarbeit, die nur noch für Tischarbeit (Fertigarbeit) zugelassen sein soll, lösten eine längere Besprechung aus. Insbesondere sollen — weil Affordarbeit nicht zum gleichen Zeitpunkt ausgearbeitet sein können — Garantielöhne festgelegt werden, um allen im Afford beschäftigten Lernenden und Geübten einen Mindestverdienst zu sichern. Dabei soll der Affordverdienst um 20 Proz. höher sein als der Zeitlohn. Die Befürchtungen, daß es für verschiedene Arten von Kartonnagen überhaupt nicht möglich sein werde, Affordtarife auszuarbeiten, suchten die Vertreter der B.A. zu zerstreuen. Für alle Strappen sei das zugegeben, im übrigen werde aber die praktische Arbeit an der Auffstellung von Affordtarifen beweisen, daß mehr zu erreichen ist, als heute angenommen wird. Von gleicher Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß das System der Garantielöhne nicht für alle Vorteile bringen werde, weil einmal versucht werden wird, die Garantielöhne möglichst niedrig zu halten, und weil zum anderen die Affordlöhne so gestellt werden würden, daß eben nur der Garantielohn erreicht werden kann. Besondere Beachtung fand auch die Frage der Bezahlung bezw. der Lehrlinge und deren Entlohnung. Ausgeräumt werden müsse damit, daß die ersten Arbeiter und Schülern einen besonderen Nutzen davon haben, daß sie mit Lernenden zusammen im Afford arbeiten. Die Bestimmungen über die Gewährung von Ferien, die reichstariflich geregelt werden muß, werden entsprechend dem Entwurf ähnlich wie im Reichstarif für die Zigarettenindustrie mit einer weitergehenden Staffelung festgelegt. Die Fragen betr. Ueberstunden, Mündigkeit, Arbeitsvermittlung und Maßregelungen, Streiks und Aussperrungen sollen, wie sie im Entwurf vorgegeben sind, mit unwesentlichen Veränderungen geregelt werden.

Nach einer ausgiebigen Besprechung der einzelnen Bestimmungen erhielt die B.A. den Auftrag, die Umarbeitung des Entwurfes entsprechend den Vorschlägen der Konferenz vorzunehmen und zwar so rechtzeitig, daß die Verbandstagsdelegierten den neuen Entwurf noch vor dem Verbandstag mit der Kollegenchaft besetzen können. Die B.A. soll gleichzeitig Vorschläge zur Ortsklasseneinteilung und zur Lohnhöhe machen. Der Vorschlag, beim Verbandsvorstand zu beantragen, daß im Anschluß an den Verbandstag eine Reihe Kartonnagenkonferenzen stattfinden, welche endgültig zum Reichstarif Stellung nehmen soll, wurde angenommen, und erhielt der Gauleiter Kollege Pfäde den Auftrag, die nötigen Schritte beim Verbandsvorstand zu unternehmen. Mit Dankworten für die sachliche, erfolgreiche Besprechung des Reichstarifes konnte der Vorsitzende der B.A. Kollege Lange die Tagung schließen.

### Wohin geht der Weg?

Am 20. Juni hatte ich Gelegenheit, der Zahlstellenversammlung in Berlin beizuwohnen und es freut mich, die Feder in die Hand zu nehmen, um zum Ausdruck zu bringen, wie enttäuscht ich war über den Gang und Inhalt der Versammlung. Bei der gestrigen Tagesordnung gedachte ich in einer so großen Zahlstelle wie Berlin etwas lernen zu können, etwas Praktisches im Interesse der Organisation mit nach Hause nehmen zu können zur Bewertung im Interesse der Kollegen und Kolleginnen. Ich habe allerdings daraus lernen können, wohin es führt, wenn die politischen Leidenschaften die Hauptrolle spielen und in manchmal unfaier Weise den Gang der Versammlung hemmen, so daß nichts Entscheidendes geschieden werden kann für die im allgemeinen Interesse unserer Kollegen und Kolleginnen. Anselnd wichte es, ändern zu müssen, welcher Gehaltigkeit ein geheimer Antrag an die Interaktion im "Vorwärts" zur Debatte gebracht wurde. Die politische Leidenschaft darf doch nicht in unserem Verbande sowohl gehen, daß man eine andere politische Anschauung seiner Mitmenschen als ein Verbrechen hinstellt und direkt als entwürdigend für ein Verbandsmittglied bezeichnet. Der gesunde Sinn vieler Anwesenden hat diese Ausführungen jener überradikalen Wortführer dadurch entsprechend gemildert,

daß der Antrag angenommen wurde und somit der leider bis dato ausgeübte Terror gegenüber einer großen Masse unserer Kollegenchaft in dieser Beziehung gebrochen ist. Kennzeichner für mich war, daß einem solchen radikalen Wortführer der Vorwurf gemacht werden konnte, daß er bis vor kurzem noch einer gelben Organisation als Mitglied angehört. Eine Gänsehaut überließ einem, mit anhören zu müssen, wie dieser Kollege aufricht. überrevolutionärer sich gebärdet, die Tätigkeit unserer langjährigen Funktionäre kritisiert und dieselben mit Schmutz bewirft, steht in den Vordergrund sich drängelt und in phantastischer Weise von den Kandidaten zum Verbandstag verlangt, daß sie sich auf den Boden des revolutionären Ratesystems stellen und die Diktatur des Proletariats fordern. Der Kollege mochte in noch so meisterhaft theatralischer Weise wie getan von der Bühne herunter diesen gemachten Vorwurf versuchen abzumildern. Um anderen zu gefallen, verheißend man nicht seine Bestimmung, mag der Fall liegen, wie er will. Entschuldigend oder Verächtlichend kennt hier kein Gewerkschafter. Wie mag sich der Kollege selbst vorgekommen sein, da er kurze Zeit darauf wieder auf der Bühne erschien mit einer ellenlangen Protestresolution wegen der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress. Mühselend dazu war der Zwischenruf "Kaiserliche Theater" von einem Berliner Kollegen. Dem Verband wurde auch zum Vorwurf gemacht, daß er während dem Kriege geschlafen habe und die Interessen der Kollegenchaft nicht zur Genüge gewahrt hätte. Wie verhält es sich damit? Der Verband als solcher konnte nichts herausholen, wenn seine Mitglieder nicht hinter ihm stehen. In meinem Artikel "An die Kollegen" in Nr. 18 der "Buchbinder-Zeltung" von diesem Jahr habe ich schon klar zum Ausdruck gebracht, daß bei mehr Energie seitens der Dabeiangebliebenen vielerorts hätte mehr herausgeholt werden müssen und können. Hat die Kollegenchaft nicht geschlafen werden müssen, um Lohnforderungen einzureichen? Also nicht auf den Verband oder seine Funktionäre abzuwälzen, sondern ergebend, bevor man zu Schimpfepisteln greift. Machen wir uns durch deartiges Gebahren nicht lächerlich bei den Unternehmern? Haben wir es nicht nötig, in der Organisation ein geschlossenes Ganzes zu bilden? Der Unternehmer ist nicht so einseitig, aus politischen Gründen sich zu erschlagen. Vernern wir von diesen und die Kollegenchaft kommt einem prophetischen Ruf nach, der auch in der Versammlung gefallen ist, daß sich die Berliner Kollegenchaft würdig zeigen mag der übrigen Berliner Arbeiterchaft. Ich gebe noch weiter, indem ich sage, der gesamten deutschen Arbeiterchaft sich würdig zeigen. Von glaubwürdiger Seite wurde mir erzählt, daß in dieser Versammlung der Ton ein noch sehr anfänglicher gewesen sei, wie mag es da erst in den anderen gewesen sein? Der Bruderkampf wird am gebührendsten geführt, darum vermeiden wir ihn, denn großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit, wie es in dem schönen Freiheitslied heißt. Was die besondere Kollegenchaft sich durch Mandatversammlungen nicht abhalten lassen, ihre Interessen zu vertreten, sondern möge sie geschlossen erscheinen und der Terror wird bald gebrochen sein.

Stuttgart.

B. Goldberg.

### Berichte.

Kunaberg-Buchholz. Infolge der Teuerung haben sich auch die in den hiesigen Kartonnagenfabriken, den Prägerieren und den Pappfangwerken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen genötigt, in eine Lohnbewegung einzutreten. Von den Unternehmern wurden auch einige Zugeständnisse gemacht, nur einige Kartonnagenfabrikanter weigern sich, diese auch für ihre Betriebe anzuerkennen und mühen ihren verheirateten Arbeitern zu, bei den jetzigen teuren Lebensmittelpreisen mit 43,20 Mk. wöchentlich auszukommen. Im allgemeinen ist nun aber doch eine Einigung erfolgt, und hat eine aus Vertretern aller Betriebe bestehende Kommission in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Lohnbewegung als abgeschlossen zu betrachten und in allen Betrieben den vereinbarten Tarif zur Unterschrift vorzulegen.

Nachdem nun die Bewegung soweit ohne ersten Stumpf durchgeführt werden konnte, was nur dadurch möglich war, daß die hiesige Kollegenchaft sich in ihrer übergroßen Mehrheit — 1700 Mitglieder — der allein für sie zuständigen Organisation, dem Deutschen Buchbinderverband angeschlossen hat, erscheinen nun auf einmal auch Vertreter einer christlichen Organisation auf der Bildfläche. Diese wollen den bereits ohne sie vereinbarten Tarif nun auch mit unterzeichnen, um dadurch der Öffentlichkeit gegenüber ihre Mitwirkung vorzutun. Das konnten unsere Vertreter natürlich nicht mehr zulassen, und mühten die Leute darauf beschänt von dannen ziehen.

Allen unseren Kollegen und Kolleginnen seien wir, auf der Hut zu sein, und sich von diesen sojournen Prophezen nicht einfangen zu lassen. Eine Lösung darf nur sein: „Sinein in den Deutschen Buchbinder-Verband“, denn nur in dieser Organisation werden die Interessen der gesamten Arbeiterchaft unseres Berufes in jeder Beziehung gewahrt.

München. Am 27. Juni fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Kornader über die mit der Firma Westphalen geführten Verhandlungen betreffs Teuerungszulage Bericht erstattete. Er führte aus, der Sommerzienrat Richard Westphalen lehnte unter allerlei Einwendungen, z. B. daß er seit dem 1. Januar dieses Jahres eine Mehrausgabe durch Lohnzulage von über 600 000 Mk. zu verzeichnen hätte, daß durch die dauernde Lohnsteigerung in seinem Betriebe nach außen nicht mehr konkurrenzfähig sei, die Teuerungszulage von 15 Mk. ab, erklärte sich aber bereit, 15 Proz. Lohnaufschlag zu gewähren. Das wäre ein Aufschlag 6:3 zur höchsten Lohnstufe von 2,50 bis 7,50 Mk. Trotzdem Kollege Kornader auf die jetzt herrschende Teuerung und die Notlage, in der sich die hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen befinden, hinwies, blieb es bei der bescheidenen Zugeständnissen. Mit dem Bemerkten, daß die Anwesenden sich eingehend über das Vorgelegene äußern sollten, stellte Kollege Kornader den Bericht über die Verhandlung zur Diskussion.

Eben durch die kümmerlichen Zwischenrufe wurde der Unwille kundgetan. Es muß einmal Harzgelegt werden, daß die Kollegen und Kolleginnen noch bis vor der Resolution mit wahren Hungerlöhnen bedacht wurden und wirtschaftlich vollständig daniederlagen. Wenn von einer Lohnsteigerung von über 600 000 Mk. gesprochen wird, obwohl die Summe angepöbelte werden muß, so ist damit der Doffentlichteit nur betrogen, wieviele Millionen die Firma in den 4 1/2 Kriegsjahren auf Grund der niedrigen Löhne eingeheimst hat. Und wie steht es mit der Konkurrenzfähigkeit in Wirklichkeit aus! Auswärtige Firmen errichteten auf Grund der hier gezahlten niedrigen Löhne Lohnfabriken, und trotz der hohen Speise- und Frachtkosten haben sich noch weitere Firmen angemeldet, ein Beweis, daß nirgends solche billigen und geübten Arbeitskräfte zu haben sind. Durch Annoncen in den hiesigen Tageszeitungen steht eine förmliche Jagd nach Arbeitskräften ein. Wollen die hiesigen Unternehmer sich ihre Arbeitskräfte erhalten und der auswärtigen Konkurrenz Einhalt gebieten, dann sollen sie sich nur bequemen, die Löhne den Verhältnissen anzupassen. Mit großer Entrüstung wurde das Anerbieten der Großfirma Westphalen zurückgewiesen, denn hinter all den Einwendungen versteckte sich nur die Angst um den dreimal geheiligten Profit. Aus der Versammlung heraus wurde Kollege Kornader beauftragt, die Angelegenheit dem Arbeitsamt bzw. dem Schlichtungsausschuß zu übermitteln. Des weiteren standen die Anträge zum Verbandstag zur Beratung, die aber der vorgezeichneten Zeit wegen nicht alle durchberaten werden konnten. Kollege Langhoff wurde als Delegierter gewählt. Am Schluß der Versammlung richtete Kollege Kornader an die Anwesenden den Appell, sich reger an den Versammlungen zu beteiligen, auch mühten Versammlungen des öfteren einberufen werden, um der neuen Mitgliedern den Wert der Organisation mehr vor Augen zu führen.

Berlin. In der am 16. Juni stattgefundenen Versammlung der Kartonbranche hielt der Kollege Mübcke einen Vortrag über das Ratesystem und die bevorstehenden Neuwahlen zum Arbeiterrat. In der Diskussion wurden diese Ausführungen speziell vom Kollegen Hänel unterstrichen.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wies Kollege Priemer darauf hin, daß unserer Branche von der Ortsverwaltung 8 Kandidaten zum Verbandstag zugewiesen worden sind, nach eingehender Debatte und nachdem ein Antrag angenommen wurde, von der Branche nur solche Kandidaten aufzustellen, die auf dem Boden des revolutionären Ratesstandens stehen, wurden Kollegin Selma Peter und die Kollegin Hänel und Priemer aufgestellt.

Priemer gab dann Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, das Ergebnis war nicht von großem Vorteil für unsere Kollegenchaft, sollen doch die bereits 1912 gewährten 10 resp. 5 Proz. für Postneter in Postfall kommen, dafür sollen diese Prozente auf die Endsumme aufgeschlagen werden. Einzelne Punkte sind von der Verhandlungskommission direkt abgelehnt worden, die anderen wurden größtenteils nur bedingt entgegengenommen. In der Diskussion wurde scharf Kritik an der einseitigen Stellungnahme des Schlichtungsausschußes geübt. Vom Kollegen Hänel wurde eine Erklärung eingebracht und begründet, die dem Schlichtungsausschuß die scharfste Mißbilligung aussprach. Nach weiterer Debatte wurde die Versammlung verlag.

In der am 30. Juni stattfindenden Fortsetzung der Versammlung wurden nach weiterer Debatte alle vom Schlichtungsausschuss gemachten Vorschläge abgelehnt, der Punkt 4, der nur Postmeister betrifft, wurde einer Richterversammlung überwiesen.

Zu weiteren erhaltete Priemer von der letzten Delegiertenversammlung und beauftragte die gemachten Vorschläge über Gewährung von Feuerungszulage. Es wurden gefordert für männliche Personen über 18 Jahre 20,- Mk., für weibliche Personen über 18 Jahre 15,- Mk., für weibliche und männliche unter 18 Jahren 10,- Mk. Nach kurzer Debatte wird den Vorschlägen einstimmig zugestimmt.

Für die ausgeschiedene Kollegin Richter wird Kollege Woch in die Branchenleitung entsandt. Von der Kollegenschaft der Firma Manoli wird beauftragt, daß bei der Firma gesammlte Geld der Kommission zur Agitation zu überweisen. Die Versammlung gibt die Zustimmung.

Im weiteren wird das Ergebnis der Abstimmung zum Verbandstag mitgeteilt und mit Jubel begrüßt.

**Berlin.** Die Generalversammlung vom 25. Juni beschloß sich mit den Anträgen zum Verbandstag. Aus der großen Zahl der Anträge broden eine längere Debatte diejenigen zur Presse — der „Buchbinder-Zeitung“, deren Redigierung während des Krieges allgemein die allerjährliche Verteilung erhielt. Den Verband wieder auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes zu stellen, wurde bei der Behandlung der Unterstützungsvereinigungen gefordert. Starke Beifall fand der Antrag von Halle: „Verbandsmitarbeiter, welche den sogenannten Negierungsgruppen angehören, sind aus dem Verbandsausgüßlichen.“

In einem Antrag an den Gewerkschaftskongress protestierte die Versammlung gegen den Wahlmodus des Zentralvorstandes, das ganze Verbandsgebiet einen Wahlkreis und zwei Mandate für sich vorweg zu nehmen, und erwartet die Ungültigkeitserklärung der Mandate.

In einem weiteren Antrag spricht die Generalversammlung dem 1. Verbandsvorsitzenden Emil Moth sämtliche Vertrauen als Delegierter zum Gewerkschaftskongress ab. Die Anträge wurden mit überwältigender Mehrheit, zum Teil einstimmig, angenommen. Den Willen, Vertreter der Generalkommissions- und Moth-Politik zu kürzen, zeigte diese Generalversammlung in einer Solidarität, die prächtig war.

**Braunschweig.** Nachdem durch Schiedspruch im März der Streik der in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderarbeitern beendet war, beauftragte die Versammlung vom 31. Mai den Vorstand, auch an die Innung dieselben Forderungen einzureichen. Der Innungsvorstand teilte jedoch dem persönlich vorstellig werdenden Kollegen Geißler mit, daß sie auf die Mitglieder keinen Druck ausüben könne und es überlassen müßten, und mit den einzelnen Meistern zu einigen. Die hauptsächlich in Betracht kommenden Betriebe haben sich dann bei mündlichen Verhandlungen bereit erklärt, die mit der Druckerei vereinbarten Löhne von 70 Mk. für ledige und 72 Mk. für verheiratete Kollegen zu zahlen. Da wir mit diesen Böhmern mit den Buchdruckern im Durchschnitt gleichstanden, denselben aber durch Schiedspruch eine weitere Lohnerhöhung von 20 Mk. pro Woche und Ferien von 5-10 Tagen bewilligt wurden, beauftragte die am 14. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung den Vorstand, folgende Forderungen einzureichen: Rückwirkend ab 13. Juni eine erneute Feuerungszulage von 20 Mk. pro Woche für Kollegen und 16 Mk. für Kolleginnen, sowie Ferien wie bei den Buchdruckern. Durch Schreiben vom 21. Juni teilte uns der Verband der Buchdruckerei und Steindruckereibesitzer mit, daß sie bereit seien, eine Zulage von 12 Mk. für Kollegen, 8 Mk. für gelehte und 6 Mk. für ungelehrte Kolleginnen zu bewilligen. Ferien sollten nach dreijähriger Tätigkeit im Betriebe 6 Tage, steigend pro Jahr um 1 Tag bis zu 12 Tagen, gewährt werden. Von mündlichen Verhandlungen verfrägte man sich nichts, da dies das äußerste wäre, was sie bewilligen könnten. Rückwirkend könnten die Zulagen nicht gewährt werden. Trotzdem wären sie zu mündlichen Verhandlungen bereit. In der am 27. Juni stattgefundenen Versammlung erhaltete Kollege Küsspert den Bericht über die gepflogenen mündlichen Verhandlungen. In Anbetracht der Ablehnung des Schiedspruches in den Tarifstädten seitens der Buchbinderbesitzer waren die Unternehmer leider nicht zu bewegen, die Zulagen zu erhöhen. Doch gefanden sie die Rückwirkung der Zulagen auf den 13. Juni an. In der Ferienfrage waren die Herren etwas entgegenkommender und sollen Ferien nach einjähriger Tätigkeit von 6 Tagen, steigend pro Jahr um 1 Tag bis zu 12 Tagen gewährt werden. Sollte die Steigerung der Lebensmittel anhalten, erklärte man sich bereit, mit sich reden zu lassen. Als Mißstand wurde feilend der Unternehmer bei den Verhandlungen her-

vorgehoben, daß die Forderungen der graphischen Arbeiterschaft nicht gemeinsam eingereicht würden, sie kämen auf diese Weise aus den Verhandlungen überhaupt nicht mehr heraus. Kollege Küsspert empfahl deshalb die Gründung eines graphischen Kartells, damit bei Lohnforderungen ein gemeinsames Vorgehen möglich sei. Ein anwesender Vertreter des Buchdruckerhilfsarbeiterverbandes erklärte hierzu seine Zustimmung, in Bezug auf ihre geforderten Forderungen wären die Unternehmer nicht so entgegenkommend gewesen. Nachdem Kollege Rade mitgeteilt hatte, daß bei der Firma Westermann vormittags die Kollegen und Kolleginnen den Abmachungen gegen 4 Stimmen zugestimmt hätten, stimmte auch die Versammlung einstimmig zu. An den Kollegen und Kolleginnen liegt es nunmehr, dafür zu sorgen, daß die Abmachungen auch strikte durchgeführt und Abweichungen davon sofort dem Vorstand gemeldet werden. Nachzutragen wäre noch, daß den Weichweiden und Maschinenarbeitern eine 4 bis 6 Mk. höhere Zulage gewährt werden soll. Bei der Wahl zum Verbandstag wurden 68 Stimmen abgegeben, die alle auf unseren Kandidaten Kollegen Geißler entfielen.

**Duisburg-Bohrort.** Bei der hiesigen Firma J. A. Steinkamp, Buch- und Steindruckerei, ist das gesamte Personal in den Ausstand getreten. Es handelt sich um einen Abwehrstreik, infolge Maßregelung einiger schon mehrere Jahre bei der Firma beschäftigten Steindrucker. Die Buchbinder haben sich mit ihren Arbeitsgenossen solidarisch erklärt und bitten, den Zugzug strengstens fernzulegen.

**Gürtz.** Anlässlich des in Nürnberg tagenden Gewerkschaftskongresses hatte die Parteiführung für den 1. Juli eine Mitgliederversammlung einberufen, die den Saal des „Schwarzen Kreuz“ füllte. Die Referenten, Kollege Wienide-Leipzig und Brüdner-Berlin führten den Versammelten in eingehender Weise vor Augen, wie überaus notwendig es sei, die neue Zeit dazu zu benutzen, die Organisation auszubauen. Wienide verweist auf die Entwicklung der Tarifstädte und bemerkt, daß die dort geschaffene Position das Werk vieler Jahre und mühevoller Arbeit sei. Es müsse das Bestreben der Provinzialkollegenschaft sein, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse denen der Tarifstädte anzupassen. In leicht verständlicher Weise verweist der Kollege Brüdner auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, wie aus den alten Bünden die heutige mächtige Gewerkschaftsbewegung entstanden sei. Auch er fordert in eindringlicher Weise zum reiflichen Zusammenschluß aller Berufsangehörigen auf, weil nur dann die Gewähr gegeben sei, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so günstig wie möglich zu gestalten.

Den Ausführungen beider Redner stimmten die Versammelten in lebhafter Weise zu. Zum Schluß wurden noch einige Betriebsangelegenheiten erörtert, die aus Anlaß von Verhandlungen zur Erhöhung der Löhne sich ergeben hatten.

**Werra.** In einer sehr zahlreich besuchten Mitgliederversammlung am 14. Juni gab der Kollege Witschoff Bericht von den mit den Arbeitgebern stattgefundenen Verhandlungen. Die von uns eingereichten Forderungen hatten die Arbeitgeber glatt abgelehnt. In der Sitzung wurde von diesen selbst zugestanden, daß wir die niedrigsten Tariflöhne hätten und sie auch einsehen, daß damit ein Mensch nicht auskommen kann. Trotzdem suchten die Herren sich jedoch durch Verschleppung um bestimmte Zugeständnisse herumzudrücken. In sehr reger Aussprache brachten die Kollegen und Kolleginnen zum Ausdruck, daß sie sich nun auf weitere Verhandlungen nicht mehr einlassen, sondern sich schließen in den Streik eintreten wollen. Der anwesende Bezirksleiter, Kollege Wachter, ersuchte die Versammlung, doch nochmals zu verhandeln, was jedoch einstimmig abgelehnt wurde. Am Montag, den 16. Juni, war alles geschlossen in den Streik getreten. Gleich am ersten Streiktag kam es zu Verhandlungen, die sich mehrere Tage hinzogen. Inzwischen hatten sämtliche vom Streik betroffenen Firmen allen Streikenden durch Einschreibebrief die sofortige Entlassung zugesandt. Bei den Verhandlungen erklärte der Syndikus vom Arbeitgeberverband, Herr Dr. Richmann, die Unternehmer hätten beschloffen, für jeden Streiktag mit einem Aussperrungstag zu antworten. Nach heftigen Auseinandersetzungen erklärten die Unternehmer dann, von einer Aussperrung abzusehen und bewilligten einen Feuerungszulage von 20 Proz. für Arbeiterinnen und 30 Proz. für männliche Arbeiter. Mit diesen Zugeständnissen waren wir einverstanden und beschloffen die Streikenden, unter diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Was aber taten die Herren Unternehmer? Als am Donnerstag früh die Arbeiter in die Betriebe kamen, wurden sie mit allerlei Ausflüchten wieder nach Hause geschickt. Ihnen wurde gesagt, sie seien entlassen und müßten neu eingestellt werden, und zwar könnte es nur am Freitag

zum Beginn der Lohnwoche geschehen, obwohl es unzutreffend ist, daß bei sämtlichen Firmen am Freitag die Lohnwoche beginnt. Bemerkenswert ist, daß nur die größeren Betriebe von dieser Aussperrung Gebrauch gemacht haben. Davon hatten natürlich die Herren in der Dienstagsitzung kein Wort erwähnt, denn damit hätte es sich erübrigt, den Streik als beendet zu erklären. Zur Klärung dieser Angelegenheit wurde am gleichen Tage (Donnerstag) der Schlichtungsausschuss angerufen. Es kam folgender Vergleichsvorschlag zustande: 1. Es werden alle am Streik beteiligten Arbeiter morgen Freitag eingestellt. 2. Die ausgesprochene Kündigung wird als zu Recht bestehend anerkannt. 3. Die gültige Ferienordnung wird durch den Streik nicht berührt. 4. Einspruch kam gegen diesen Vergleich bis zum 25. Juni geltend gemacht werden. Wenn auch das Erreichte durchaus nicht zufriedenstellend ist, so haben wir doch durch den Streik erreicht, die Unternehmer zu sofortigem Verhandeln zu bewegen. Aus den Erfahrungen unserer ersten Tarifverhandlungen wissen wir, daß es die Herren wohl verstehen, eine Verschleppungstaktik anzuwenden, so daß wir zweifellos unter zwei bis drei Wochen zu keinem Ergebnis gekommen wären. Der Ausfall an Lohn ist durch die erreichte Feuerungszulage in den meisten Fällen in zwei bis drei Wochen wieder wettgemacht. Die Arbeiterschaft der Papierbranche hat diesmal gezeigt, daß sie zu Taten bereit ist, wenn es gilt, geschlossen für ihre Sache einzutreten. Diese Einmütigkeit soll auch künftig erhalten bleiben.

**Kirchheim (Taß).** Am 26. Juni wurde hier eine Betriebsversammlung für das Personal der Briefumschlagsabrik Otto Rieder einberufen mit der Tagesordnung: 1. Bericht über den Abschluß eines Reichstaxtarifs für die Briefumschlagsindustrie, Referent L. Goldberg-Stuttgart. 2. Bericht über den Angehörigen 250 Personen waren dem Rufe gefolgt und beachteten mit größter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Referenten, der auf die Vorteile einer Reichstaxtarifgemeinschaft sowie die für den Platz dabei herauszufindenden Verbesserungen hinwies, und den Anschluß an den Deutschen Buchbinderverband empfahl. Einem Antrage gemäß wurde diesem Anschluß einstimmig zugestimmt. Nach einer angenommenen Resolution verpfändete sich das gesamte Personal (300 Personen) dem Buchbinderverband beizutreten, und hat den Referenten beauftragt, anderen Tages zwecks Einführung des zur Kenntnis genommenen Reichstaxtarifs mit der Firma zu verhandeln. In seinem Schlußwort richtete Kollege Goldberg an die Kollegenschaft den Appell, nun ein einzig geschlossenes Bild zu geben, und getreue Mitglieder des Verbandes zu sein, um somit dem Unternehmer gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß wir durch die Tarifgemeinschaft gesunde Verhältnisse herbeiführen wollen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurden noch einige Betriebsangelegenheiten zur Sprache gebracht, die wohl ihre Erledigung durch die Organisation finden werden. Von der am andern Tage stattgefundenen Unterredung mit dem Firmeninhaber kann nur konstatiert werden, daß derselbe den Buchbinderverband als die berufene Organisation anerkennt und sich der Reichstaxtarifgemeinschaft anschließt. An unserer dortigen Kollegenschaft liegt es nun selbst, durch die Organisationszugehörigkeit sich günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Zeigt der Kollegenschaft Deutschlands, daß auch ihr in Kirchheim (Taß) auf dem Posten steht.

**München.** (Vorläufige Nachricht.) Die hiesige Kollegenschaft war bestrebt, den Schiedspruch vom 4. Juni zur Durchführung zu bringen, und stellte einen demersprechenden Antrag an den Demobilisierungsausschuss in München. Dieser fällt aber einem Schiedspruch, der die Kollegen nicht im geringsten befriedigen konnte und sie trat daher unter Vorzichtleistung auf jegliche Streikunterstützung am Donnerstag, den 8. Juli, in einen Ausstand. Darauf kam es zu Verhandlungen mit den Unternehmern, die zu einem Ergebnis führten, daß je nach der Dauer der Berufstätigkeit neue Feuerungszulagen und Ferien von 4-8 Tagen festsetzte. Eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung am Sonntag, den 6. Juli, an der auch auf Einladung der vom Gewerkschaftskongress herübergekommene Verbandsvorsitzende, Kollege Moth, teilnahm, billigte die Abmachungen und beschloß, die Arbeit am Montag, dem 7. Juli, wieder aufzunehmen. Weiterer Bericht folgt.

**Nürnberg.** Am Dienstag, den 1. Juli, fand im historischen Hof eine gutbesuchte Versammlung statt. Kollege Fr. Küssert-Gamburg sprach über die Aufgaben der Gewerkschaften. Redner schilderte den Werdegang der Arbeiterorganisationen und hob ganz besonders den Wert der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft nach der Revolution hervor, deren Tätigkeit wir trotz des jetzt so sehr diskutierten Rätesystems nicht entbehren können. Unser ganzes Streben muß auf Erhaltung sämtlicher Berufsangehöriger

zur Verbesserung der Lebenshaltung unserer Kollegenschaft gerichtet werden. Nur solange wir einig sind, ist eine Verbesserung unserer Verhältnisse zu erreichen. Unsere Aufgabe muß sein, Aufklärung unter unsere Kollegen und Kolleginnen zu tragen und Erziehung zu gewerkschaftlicher Arbeit. Daher nicht Abbau sondern nur Aufbau der Gewerkschaften im Sinne reiner Solidarität, kann eine Lösung der Arbeiterfragen bringen. Kollege Emil Kloth, Berlin ergänzte diese Ausführungen Küsters, darauf verweisend, daß wir produzieren müssen, um unsere Volkswirtschaft zu heben und somit unsere Kollegenschaft in lohnender Beschäftigung zu halten. Redner forderte die Kollegenschaft auf treu zum Verbande zu halten. Die anwesenden Delegierten zum Gewerkschaftstongreß begrüßten die Versammlung und gingen in längeren Ausführungen auf die Tätigkeit unseres Verbandes für unsere Mitglieder ein. Allen Rednern wurde lebhafter Beifall zuteil. Mit einem Hoch auf das fernere Blühen und Gedeihen des Verbandes schloß Kollege Weinländer die Versammlung.

**Wünschenborf.** Der Streit ist beendet. Am 17. Juni wurde die Arbeit in der Aktiengesellschaft für Formularbedarf geschlossen wieder aufgenommen; wenn auch nicht das, was gefordert wurde, herausgeholt werden konnte, so ist doch wieder ein Erfolg der Organisation zu verzeichnen, für Gehilfen pro Woche 18 Mk. mehr und für Arbeiterinnen 4,50, 6, 6,50 und 8 Mk. Feuerungszulage. Da unser Tarif bis zum 31. August abläuft und dann ganz sicher der Reichstarif für die Briefumschlagsfabrikation in Kraft getreten sein wird, müssen auch fernerehin die Kollegen und Kolleginnen treu zum Verband halten, um auch in späteren Kämpfen genau so geschlossen und einig dazustehen, als wie sie es jetzt bei diesem Streit gezeigt haben.

### Richtigstellung.

Unter den in Nr. 28 der „Buchbinder-Zeitung“ zum Abdruck gekommenen Anträgen zur Generalversammlung der Zentralkasse hat der Druckfehler-tausel eine Verbesserung angebracht, indem er den Antrag 11 in sein Gegenteil verkehrt hat.

Derselbe soll lauten: § 8, Absatz Beitrag, Ziff. 2, § 9 Absatz 3 und § 15 Absatz 1: Die 7. und 8. Klasse ist zu streichen.

G. Zinke, Leipzig-N., Rathausstr. 21.

### Abrechnung

vom Streik der Kartondrauche in Berlin  
5. April bis 5. Mai 1919.

#### Einnahme:

Zentralkasse	88 718,20 Mk.
Lokalkasse	16 108,—
<b>Summa</b>	<b>54 819,20 Mk.</b>

#### Ausgabe:

144 verheiratete Kollegen	9 843,55	2 277,—	Mk.
90 ledige	8 938,85	1 262,—	"
786 Kolleginnen	21 418,70	9 903,—	"
Unterstützung: 180 Kinder	1 142,—		
Streikleitung, Verwaltung	2 878,10		
Matrantenstützung, männliche		825,—	"
weibliche		1 886,—	"
<b>Summa</b>	<b>83 716,20</b>	<b>16 108,—</b>	<b>Mk.</b>

Berlin, 4. Juli 1919.

#### Die Revisoren:

H. Klingebell. H. Gaenelt. F. Mucat.

### Abrechnung

vom Streik der in der Holzindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in Berlin.

#### Einnahme:

Zentralkasse	6 884,85	Mk.
Lokalkasse	6 850,10	"
<b>Summa</b>	<b>13 734,95</b>	<b>Mk.</b>

#### Ausgabe:

	Zentralkasse	Lokalkasse	
8 verheiratete Kollegen	421,20	287,20	Mk.
2 ledige	65,60	87,80	"
184 Kolleginnen	6 260,20	5 975,10	"
Unterstützung für 18 Kinder	187,85	—	"
<b>Summa</b>	<b>6 884,85</b>	<b>6 850,10</b>	<b>Mk.</b>

Berlin, den 4. Juli 1919.

Franz Dytomski, Kassierer.

#### Die Revisoren:

H. Gaenelt. Otto Röhl.

### Adressenänderungen.

Abresen der Bevollmächtigten und der Kassierer.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

- Babel.** B.: W. Riemöller, Rosenstr. 20
- Oldenburg i. O.** B.: Th. Heise, Schloßplatz 17.
- Regensburg.** B.: E. Uttinger, Kaufmänner-gasse 9 11. K.: E. Blöchl, Stadthof, Wasserstr. 78 3/4.
- Weißenfels.** B.: O. Manke, Burgwerben 102 p. K.: H. Emmerich, Weinbergstr. 18 11.

Am 22. Juni verstarb nach langem, schweren Leiden unser lieber Kollege  
**Ernst Frederick**  
im Alter von 46 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund, sehr aufrichtiges, gerades Wesen wird uns unergänglich sein.  
**Die Kollegen u. Kolleginnen der Buchbinderei H. Eherl, Berlin.**

Unserer wertesten Kollegin **Leofabia Smieja** und ihrem Bräutigam Herrn **H. Ernst** zur Verlobung die herzlichsten Glückwünsche.  
**Bahnhalle Bromberg.**

**Ca. 10 000 kg. hellen Klebstoff**  
günstig abzugeben. Näheres u. C 488, an **Hausenstein & Vogler, Dresden.**  
Kollege **Ernst Wolf, Rüstlin.**  
Bitte um das mir versprochene Material.  
H. Gzike, Berlin S. 14, Stallschreiberstraße 7.

Unserer wertesten Kollegin **Gertha Wolff** nebst Herrn **Alfred Neuenhof** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
**Personal der Firma Hundt & Schöb.**  
Hamburg, den 5. Juli 1919.

Unserer lieben Mitarbeiterin **Martha Seifert** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Gewidmet von ihren treuen Kolleginnen der **Kartomaggenabt. Jenidze, Dresden, Filiale Gungolwitz 27.**

**Reffelsäckchen**  
ca. 16x27 cm groß, gewaschene, gebraucht und neu, ev. auch gefärbt und aufgetrennt, zu Wäsche, Futterbetten, Futtlöchern usw. geeignet, offerieren  
**Vereinigte Sack- & Jute-warenfabriken G. m. b. H.**  
Berlin N. C. 55, Greifswalder Str. 80.  
**Paginermaschine**  
verf. **Schnaubert, Charl., Saldernstr. 2.**

**Warum?** frage ich Sie, kaufen Sie die infolge Stahlknappheit jetzt so sehr teuren **Beschneidemaschinenmesser**, wenn Sie zu wesentlich niedrigeren Preisen Ihre **abgenutzten Maschinenmesser verbreitern** lassen können. — Gutachten und Prospekt kostenlos. Sehen Sie sich diesbezüglich in Verbindung mit der Firma **P. Föllner, Kommanditgesellschaft, Leipzig** Fernsprecher 31 315 **Elisenstraße 13** Fernsprecher 31 315 **Maschinenmesserafabrik und Schleiferei, Stanzmesser und Schnitte.**

Eines der **zahlreich eingegangenen Gutachten:**  
Braunschweig, den 14. April 1919.  
... daß wir Ihnen binnen kurzem 2 weitere Messer zum Verbreitern zu senden werden. Die ersten sind vorzüglich verbreitert und arbeitet die Buchbindererei bereits wieder vier Monate mit denselben.  
**Sochachtungsvoll Friedrich Vieweg & Sohn.**

**Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel**  
kleben nur noch mit  
**Wirkl Klebstoffen**  
(D. R. P. a.)  
**Glänzende Begutachtungen.**  
Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.  
Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.  
**Chemisch-technische Werke Willybald Richter**  
Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049.  
Telegramm-Adresse: **Wirllwerke.**  
Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76.  
Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.

**Anzeigen** finden nur Aufnahme, wenn der Betrag eingekandt ist.  
**Lohntarif für Buchbinderarbeiten**  
Preis für Mitglieder 1,20 Mk. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,40 Mk.  
**Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten**  
Preis für Mitglieder 80 Pf., für Nichtmitglieder 1,30 Mk.  
Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an **E. Hausen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, Postfachkonto Nr. 23210**, zu richten.